

Inhalt

Vorwort 9

ANNE-KATHRIN MEINHARDT, BIRGIT REDLICH

Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung . . 13

TANJA WEHR

Graphic Recording der Tagung der Bundesfachstelle Linke Militanz . . . 21

Wissenschaftliche Perspektive

WOLFGANG KÜHNEL, HELMUT WILLEMS

Politische Orientierungen und das Verhältnis zu Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen 37

GEREON FLÜMANN

Linke Militanz und politische Bildung 60

LENA LEHMANN, LAURA-ROMINA GOEDE, CARL PHILIPP SCHRÖDER

Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht?
Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen . . . 68

ALBERT SCHERR

Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus?
Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz 78

SASKIA LÜTZINGER

„Ich hab nicht gesagt: *Ihr seid mir zu radikal, ich höre jetzt auf*“, ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen“
Über die Gemeinsamkeiten unterschiedlich orientierter Extremisten und die Spezifika linksmotivierter Umfeldler 91

UDO BEHRENDEN

Wechselbeziehungen zwischen linkem Protest, Polizei und linker
 Militanz 102

DAVID MEIERING, NAIKA FOROUTAN

Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention 127

DANIEL GRUNOW

Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und
 linker Militanz 138

Pädagogische Perspektive**CHRISTIAN-FRIEDRICH LOHE**

„Extrem demokratisch“ – Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein
 Beitrag für die Politische Bildung 149

TEAM DER BBS „ANNEDORE“

Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“
 Ansatz, Angebot und Einblick in die Praxis 160

GEROLD HILDEBRAND, ANDREA PRAUSE

„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“
 Ein Präventionsprojekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen . . . 170

TOM DAVID UHLIG

Kritik ohne Extremismusverdacht
 Zur Problematisierung linkspolitischer Irrungen 181

LAURA ADRIAN, DAVID GARBERS, UDO GERIGK

Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext
 Linker Militanz 192

Theaterpädagogische Perspektive

ANNE-KATHRIN MEINHARDT

Politisches Theater im Allgemeinen

Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen
Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik
begeistern kann 205

BIRGIT REDLICH

„Dieses versiffte links-grüne 68er-Deutschland“

Ein Interview mit dem Regisseur Peter Schanz zu seinem Theaterstück
„GÖ 68ff.“ 214

ANNE-KATHRIN MEINHARDT, BIRGIT REDLICH

Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema
mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs
Ein phänomenübergreifender Ansatz 222

Autorinnen und Autoren 233

Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung

Neben Angeboten zur Prävention von Rechtsextremismus und -populismus dürfe, so heißt es seit einigen Jahren wieder vermehrt, die Präventionsarbeit auf der linken Flanke des politischen Spektrums nicht vernachlässigt werden. Ob dies nun zuvörderst den Ausschreitungen während des G20-Gipfels in Hamburg im Jahr 2017 geschuldet ist, soll an dieser Stelle nicht analysiert werden. Jedenfalls werden dergleichen Forderungen von einem Teil der Gesellschaft zunehmend lauter kommuniziert. Es müssten, so wird gefordert, Konzepte entwickelt werden, um die Radikalisierung linker Jugendlicher zu stoppen und ihnen Ausstiegshilfen aus der linken Szene anzubieten. Dafür sei Prävention nötig – von der Primär-, über die Sekundär- bis hin zur Tertiärprävention¹. Doch wie soll diese konkret aussehen? Was gilt es zu „verhindern“? Wie soll das Gewünschte umgesetzt werden? Und wie sollen „diese“ Jugendlichen ausgerechnet mit staatlichen Bildungs-/Präventionsangeboten erreicht werden, wenn sie doch gerade im Staatsapparat ihren weltanschaulichen Gegner sehen, den es zu bekämpfen gilt?

Vor dem Hintergrund der hier lediglich sehr kursorisch skizzierten Herausforderungen soll diese Einleitung den Status quo umreißen, die Position der Bundesfachstelle Linke Militanz² inmitten der Diskussion darstellen und ihren Beitrag innerhalb der Bildungsarbeit verdeutlichen.

-
- 1 In Anlehnung an den Psychiater Gerald Kaplan werden drei Ebenen der Prävention unterschieden: 1. Primäre oder auch universelle Prävention; 2. sekundäre oder auch selektive Prävention; 3. tertiäre oder auch indizierte Prävention.
 - 2 Das Projekt der Bundesfachstelle ist angesiedelt an der Georg-August-Universität Göttingen, am Institut für Demokratieforschung, das sich seit 2010 mit Parteien- und politischer Protestforschung beschäftigt. Das Projekt wird von 2017 bis 2019 aus dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bestehende Angebote

Die politische Bildungsarbeit im Bereich links kann insgesamt als durchaus überschaubar beschrieben werden. Bisher existieren nur wenige Angebote bzw. Projekte, die sich mit linken Thematiken – in welcher Form auch immer – auseinandersetzen. Eine der Gretchenfragen im Themenfeld scheint dabei die Haltung zur Extremismustheorie zu sein. Ist da einerseits die Fraktion jener, die entschieden affirmativ mit dem *Linksextremismus*-Konzept arbeiten, distanzieren sich andere ebenso vehement davon, dabei vielfach den Begriff *Linke Militanz* bevorzugend.

Maximilian Fuhrmann und Martin Hünemann haben 2017 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer Analyse „Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen“ das „Scheitern der Linksextremismus-Prävention in der Praxis“³ beschrieben. Es mangle, so die Autoren, vor allem an sozialwissenschaftlicher Forschung und in der Praxis erprobten Konzepten. Darüber hinaus teilten Fuhrmann und Hünemann die 16 Träger, die sich trotz dieser Schwierigkeiten im Jahr 2010 im Rahmen der Demokratieförderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zusammengefunden hatten, in drei Gruppen ein:

1. Projekte, die sich direkt am sicherheitsbehördlichen bzw. extremismustheoretischen Verständnis von Linksextremismus orientieren und dessen Begrifflichkeiten sowie Definitionen übernehmen;
2. Projekte, die sich dem Linksextremismuskonzept zwar kritisch nähern, aber davon ausgehend versuchen, konkrete Ansatzpunkte zu finden;
3. Projekte mit einer expliziten Distanz zur Kategorie Linksextremismus.

Gruppenübergreifend lasse sich Fuhrmann und Hünemann zufolge feststellen, dass alle drei Bereiche zu wenig evaluiert oder erforscht worden seien, um ihren Erfolg belegen zu können. Generell hätten viele Projekte damit zu kämpfen, dass die Zielgruppe unklar bleibe bzw. im Projektverlauf angepasst werden müsse, da es nicht möglich gewesen sei, linksaffine Jugendliche direkt anzusprechen und für die Mitarbeit in Projekten zu gewinnen. Zum Beispiel sei es in der zweiten Kategorie zu einer Wende innerhalb eines Projektes gekommen, dessen Träger festgestellt habe, dass die Extremismustheorie „ein ungeeignetes Instrument [sei], um antidemokratische, gewaltbereite und *linksextremistische* Strömungen

3 Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin: Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen, Berlin 2017, S. 16 ff.

und Tendenzen einzuordnen“⁴. Infolgedessen habe der Träger seinen Plan aufgegeben, ein Projekt gegen „Links-Extremismus“ zu initiieren, und sich stattdessen auf zivilgesellschaftliche Bildung konzentriert („pro-demokratisch befähigen“ statt „anti-*linksextrem* aufklären“).

Die Dreigliederung von Fuhrmann und Hünemann stellt eine konzeptionelle Einordnung der praktischen Projekte auf der Grundlage ihrer Positionierung zur Extremismustheorie dar. Auch wenn die Projekte nicht nur unterschiedliche Begrifflichkeiten bzw. dahinterstehende Verständnisse verwendeten, sondern auch unterschiedliche Zugänge zu den Zielgruppen suchten und verschiedene Thematiken ansprachen, lassen sich aus dem bisher Gesagten doch einige verallgemeinerbare Anforderungen an Projekte der politischen Bildungsarbeit im Bereich links ableiten: Wichtig sei u. a., das theoretische Verständnis bzw. die wissenschaftliche Herangehensweise zu klären und damit das Ziel der Projekte zu definieren. Fuhrmann und Hünemann positionieren sich sehr kritisch der ersten Kategorie gegenüber, halten aber auch die zweite Kategorie für bedenklich. Dieser Sichtweise schließt sich die Bundesfachstelle Linke Militanz an. Um Missverständnissen entgegenzuwirken, soll an dieser Stelle das theoretische Verständnis von „Linker Militanz“ umrissen werden.

Die Bundesfachstelle Linke Militanz

Wie stellt sich Linke Militanz aus der Perspektive der Demokratieforschung dar und was genau erforscht die Bundesfachstelle? Im Mittelpunkt steht eine fundierte politologische Grundlagenforschung zum Thema Linke Militanz bzw. zu linkem Radikalismus, die wir in erster Linie mit Methoden der (vornehmlich qualitativen) Sozialforschung erarbeiten werden. Grundsätzlich befinden wir uns in einem fortschreitenden Arbeits- und Diskussionsprozess. Essenzieller Bestandteil unserer Arbeit ist, wesentliche Terminologien fortlaufend einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das bedeutet konkret, dass sich die folgenden begrifflichen Positionierungen nicht als starre „Definitionen“ verstehen, sondern als gesammelte, verdichtete und in Arbeitsdiskussionen reflektierte Beobachtungen zu verschiedenen Themengebieten und Einzelphänomenen. Wie bei jeder hauptsächlich qualitativen Forschungsarbeit konkretisieren sich nicht nur die Begrif-

4 Lohe, Christian-Friedrich et al.: Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“, in: Deutsche Jugend: Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 61 (2013), H. 6, S. 265–272, hier S. 268.

fe, sondern auch die Forschungsgegenstände erst im Forschungsprozess und werden daher nicht vorab in ein begriffliches Korsett geschnürt. Alle begrifflichen Setzungen sind Arbeitsinstrumente und können verworfen werden.

Dabei beforschen wir Linksradikalismus und Linke Militanz, deren Definitionen an dieser Stelle verdeutlicht werden sollen:

Linksradikalismus ist die äußerliche Bezugnahme einer politisch aktiven Person oder einer politisch aktiven Gruppe auf das Theorievokabular des klassischen Parteikommunismus und Marxismus-Leninismus, des Anarchismus und Antifaschismus – oft vermengt mit postkolonialistischen, globalisierungskritischen und ökologischen Motiven. Diese Bezugnahme drückt sich in Rhetorik, Semantik, Gestus, Habitus, Symbolen und Ritualen aus.

Linke Militanz ist dementsprechend ein spezifisch linksradikaler Habitus mit dem Ziel kämpferischen (aber nicht zwangsläufig gewalttätigen), tatorientierten Handelns. Sie bezeichnet ein a) kämpferisches (aber nicht unbedingt automatisch gewalttätiges), b) tatbetonendes Auftreten und Handeln mit c) linksradikalen Absichten und Zielen.⁵

Akteur*innen linksradikaler Bündnisse lehnen Gewalt überwiegend ab,⁶ sehen sie doch in der Form des initiativen Angriffs kein legitimes Instrument von Protest und befürworten mehrheitlich Gewalt einzig als *reaktive Gegengewalt* auf polizeiliche Härte und mithin als Widerstand.⁷

Für uns sind folglich drei Kriterien zur Beschreibung Linker Militanz relevant. Linke Militanz wird charakterisiert durch

- 1) das Selbstbekenntnis zu einer kämpferischen Haltung – nicht nur Gewalt-handlung als solche –,
- 2) die Handlungsebene, d.h. die Tat im öffentlichen Raum – nicht das Gedankengebäude –,
- 3) die Einstellung gegen das Unentschlossene.⁸

5 An dieser Stelle bedanken wir uns bei unserem Kollegen Julian Schenke für seine Formulierung.

6 Vgl. Scharf, Philipp: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels, in: Demokratie-Dialog, (2018), H. 2, S. 36–40, hier S. 40 sowie Zajak et al.: Zwischen Reform und Revolution: Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 02. und 8. Juli 2017 in Hamburg, in: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, (2017), H. 4, S. 20–29.

7 Vgl. Zajak, Sabrina et al.: Zwischen Reform und Revolution: Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 02. und 8. Juli 2017 in Hamburg, in: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, H. 4/2017, S. 20–29.

8 Vgl. Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat – Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog, H. 2 (2018), S. 29–35, hier S. 32.

Dazu gehören unserem Verständnis nach nicht nur formale Organisationsweisen, sondern insbesondere individuelle Handlungen beispielsweise in Form von Lebensweisen sowie ihre Verknüpfung mit der politischen Mehrheitskultur.⁹

Bildungsarbeit im linken Spektrum aus Sicht der Bundesfachstelle

Aus dem eben Genannten zieht die Bundesfachstelle folgenden Ansatz für ihren Bildungsbereich: Linke Militanz wird abseits des Formalen und Normativen betrachtet. Vielmehr geht es ihr um persönliche Vorstellungen, die Bedeutung für die Gesellschaft und das Miteinander innerhalb der Linken Militanz.

Einführend wurde bereits angedeutet, dass Prävention im Bereich links kritisch betrachtet wird. Eine Problemlage der Verwendung des „Präventions“-Begriffes ist die mit ihm einhergehende Intention von defizitären oder von der Norm abfallenden unerwünschten Verhaltensweisen. Nutzt man nun besondere (Präventions-)Angebote, führen diese zu einer Stigmatisierung des hochsensiblen Feldes Linker Militanz. Infolgedessen könnte es zu einem Beziehungsabbruch und einer Kommunikationsverweigerung kommen.

Manche Analysen weisen darauf hin, dass verweigerter politischer Kommunikation, Prozesse der Ausgrenzung aus dem öffentlichen Diskurs, Stigmatisierungen und verstärkte staatliche Repressionen genau jene Formen des militanten Protests hervorriefen, die zu verhindern sie beanspruchen.¹⁰ Dadurch wird häufig unbeabsichtigt ein *Circulus vitiosus* ausgelöst, den es zu durchbrechen gilt. Daher kann eine wirksame Prävention nur den offenen Dialog einschließen, *verbietet in dieser Stringenz aber auch weltanschaulich motivierte Sekundär- und Tertiärprävention*.¹¹ Aus diesem Grund kann und möchte die Bundesfachstelle keine Prävention als Bildungsarbeit leisten.

Inbesondere aufgrund der kontroversen Standpunkte und der heterogenen Bewegung der Linken Militanz ist die Bildung einer eigenen, differenzierten Meinung zu diesem Thema nicht leicht und bedarf sowohl einer geeigneten pädagogischen sowie methodischen Unterstützung als auch eines überlegten Vorgehens.

9 Ebd., 33 f.

10 Siehe Scherr, Albert: Jugendarbeit mit Linksradikalen Jugendlichen?, in: Deutsche Jugend, H. 6/2010, S. 251–255, hier S. 253 f.

11 Albert Scherr plädiert dafür, eine modifizierte Form der umstrittenen akzeptierenden Jugendarbeit als Grundlage dieses Prozesses oder zur Entwicklung eines Konzepts heranzuziehen.

Pädagogische Angebote sollten, in Anlehnung an die Eingruppierung von Fuhrmann und Hünemann, in der zweiten oder dritten Kategorie angesiedelt sein. Dem folgend würden sie dem „Linksextremismuskonzept“ zwar kritisch gegenüberstehen, aber versuchen, konkrete Ansatzpunkte zu finden oder einen distanzierten Bezug zur Kategorie Linksextremismus zu entwickeln, und die Verwendung oder Orientierung am Begriff ablehnen. Auf keinen Fall dürfen jedoch Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt werden. Gegen eine Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus sprechen primär und insbesondere die sozialwissenschaftlich-ideologischen Unterschiede, die phänomenologisch beschreibbar sind. Aus diesem Grund sollen linke (radikale) Ansichten diskutiert und nicht pauschal als demokratieschädlich klassifiziert werden; denn das Recht, in der politischen Diskussion gesellschaftskritische Positionen zu beziehen, ist durch das Grundgesetz ausdrücklich garantiert.

Zu beachten ist, dass Demokratiebildung nie wertfrei erfolgen kann – ist ihr doch immer ein bestimmtes politisches Ziel inhärent. Dieses Ziel mag ein hehres sein, etwa wenn Menschen dazu befähigt werden sollen, eine demokratische Lebensform umzusetzen. Gleichwohl beinhaltet jede Demokratiebildung, dass das bestehende demokratische System – in unserem Fall: Deutschlands – als Ideal propagiert wird. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) formuliert als Ziel für die Schule die „erfolgreiche Teilnahme an einer wohlgeordneten, d.h. demokratisch strukturierten, menschenrechtlich verfassten und nachhaltig handelnden Gesellschaft“, verstanden im Sinne von Partizipation und Meinungspluralismus. Solange dieses Ziel transparent dargestellt und vor allem der erste und zweite Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses berücksichtigt werden – welche die Lehrenden dazu anhalten, den Schüler*innen nicht ihre Meinung aufzuzwingen und die unterrichteten Themen kontrovers zu behandeln –, geht davon keine Indoktrinationsgefahr aus.¹²

Folglich soll statt Prävention politische Bildungsarbeit geleistet werden, die – zwecks notwendiger Distanz – phänomenübergreifend agiert und zur Reflexion ermutigt. Somit werden alle Jugendlichen – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – einbezogen. Möglich ist dies beispielsweise im Raum Schule, wo Jugendliche ungeachtet ihrer politischen oder weltanschaulichen Einstellung gemeinsam beschult werden. Unserer Meinung nach sollten dort Aspekte politischer Phänomene diskutiert, differenziert betrachtet und in ihrer Bedeu-

12 Vgl. Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 173–184, hier S. 179.

tung für die Gesellschaft analysiert werden. So findet politische Bildungsarbeit statt, ohne von vornherein bestimmte politische Bereiche der Lerngruppe zu stigmatisieren.

In bisherigen Projekten im Bereich Linke Militanz hat sich herausgestellt, dass der Zugang zu sogenannten linksaffinen Menschen extrem schwer herzustellen ist.¹³ Auch das Göttinger Institut für Demokratieforschung – inklusive der Bundesfachstelle Linke Militanz – sah sich in der jüngsten Vergangenheit mit Kritik konfrontiert.¹⁴ Ein direkter, unmittelbarer Zugang zur Szene – zumindest zu ihren aktivistischen Kernen – erscheint daher unwahrscheinlich.

Somit erscheint es sinnvoll, stattdessen kompetenzfördernd tätig zu werden und demokratiebildend über den Diskurs zu wirken. Eine daraus resultierende Überlegung besteht darin, in einem ersten Schritt mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, beispielsweise über Dilemmasituationen, in denen legale Kritik an staatlichem Handeln und der Verstoß gegen Gesetze sich gegenüberstehen. Mit Dilemmasituationen meinen wir z.B. den Umgang mit Gewalt: Wo beginnt, wo endet berechtigte Gesellschaftskritik, selbst wenn sie radikal formuliert wird? Wo schlägt sie in Demokratiegefährdung um? Ist radikal linke Gesellschaftskritik, dem Rechtsextremismus gleich, eine Gefährdung der Demokratie oder ist sie für die Demokratie eine neue Reflexion des Status quo sowie eine notwendige stützende Bedingung?

Diese Diskussion in einem geschützten, fachlichen Rahmen zu gestalten und pädagogisch aufzuarbeiten, kann Aufgabe der Bundesfachstelle werden. Das bedeutet, einen zunächst offenen Diskurs über Protest mit Jugendlichen zu füh-

13 Siehe bspw. Leistner, Alexander et al.: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, Berichtszeitraum 01.01.2011 – 31.12.2014, Halle 2014, S. 130, 142, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Gesamtbericht_2011_bis_2014_wiss_Begleitung_IDS.pdf [eingesehen am 21.10.2019]; Möbius, Thomas/Wendland, Anja: Jugendhilfeangebote für links-autonome Jugendzonen? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme in Hamburg, in: unsere jugend, Jg. 64 (2012), S. 133–139, hier S. 136; Glaser, Michaela: ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, René/dies. (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – Befunde zu einem umstrittene Phänomen, Halle 2013, S. 4–21, hier S. 17.

14 Der Artikel „Linke Gruppen erteilen Demokratieforschern Hausverbot“ von Markus Scharf im Göttinger Tageblatt vom 25. September 2018 (siehe URL: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Linke-Gruppen-erteilen-Demokratieforschern-Hausverbot> [eingesehen am 16.10.2019]) erläutert exemplarisch die geäußerte Kritik. Vorwiegend geht es bei der Kritik um die staatliche Finanzierung der Forschung zu Linker Militanz sowie dem Vorwurf der „Spitzelei“ innerhalb der Göttinger Szene.

ren und nicht direkt mit normativen Setzungen oder gar einer Übernahme des Extremismus-Konzeptes zu arbeiten, ohne zuvor die kritische Aufnahme in der Fachwelt bedacht zu haben. Gleichzeitig geht es auch keinesfalls darum, Gewalt als legitimes Mittel von Kritik zu etablieren, sondern vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung damit.

Aus diesen Überlegungen resultiert unser Konzept, das wir im Laufe des Jahres 2019 erarbeitet und in einer Pilotphase umgesetzt haben: Workshops mit Schüler*innen des Jahrgangs 11 in Schulen zum phänomenübergreifenden Thema Protest, das ein sehr aktuelles Thema darstellt. Mit einer großen methodischen Varianz, zu der vor allem das szenische Spiel als Mittel der Theaterpädagogik gehört, wurde in neunzig Minuten einführend zu der Thematik gearbeitet. Ausführliches zu dem Workshop kann in dem Beitrag von Meinhardt und Redlich im vorliegenden Sammelband nachgelesen werden.

Kontroverse Punkte aufzumachen und durch Fachwissen zu stützen, ist ein Alleinstellungsmerkmal der Bundesfachstelle, das wir nutzen können, um der Forderung nachzukommen, dass sich gerade die Universität stärker in der Verantwortung sehen sollte, als Akteurin der politischen Bildung aufzutreten, wie dies etwa die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) gefordert hat.¹⁵

Fazit

Insgesamt ist die Bildungsarbeit im Bereich der Linken Militanz noch wenig ausgebaut und erforscht. Ansätze, die phänomenübergreifend und nicht stigmatisierend sind, sondern eher demokratiefördernd denn „gegen“ etwas arbeiten, scheinen uns den größten Erfolg zu versprechen. Außerdem erachten wir die Bildungsarbeit in diesem Bereich für sinnvoll, da kaum Räume existieren, in denen eine offene und zugleich differenzierte oder angeleitete Diskussion über Phänomene wie Protest, Gewalt oder Formen von Jugendbewegungen möglich ist. Solche Räume zu eröffnen, scheint uns ein sinnvoller Ansatz zu sein – sowohl für Jugendliche in ihrer Selbstfindungsphase als auch für Multiplikator*innen und die interessierte Öffentlichkeit.

15 Siehe Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft: Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zur Politischen Bildung, in: www.dvpw.de, 21.03.2017, URL: https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2017-03-21_Stellungnahme_zur_Politischen_Bildung.pdf [eingesehen am 02.07.2019].

Autorinnen und Autoren

LAURA ADRIAN ist als pädagogische Mitarbeiterin für KAST e.V. in Neumünster tätig. Sie arbeitet im Projekt „Kick-off“ an verschiedenen Jugendvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein im Bereich der Extremismusprävention und -distanzierung im Phänomenbereich Rechtsextremismus. Seit 2018 arbeitet sie im dortigen Projekt linke Militanz und gibt Fortbildungen für Justizbedienstete und Lehrer*innen.

UDO BEHRENDES ist Leitender Polizeidirektor a.D., war 1972–2015 Polizeibeamter des Landes NRW und greift auf Erfahrungen mit hunderten Demonstrationseinsätzen zurück. Mitte der 1990er Jahre war er Mitbegründer des „Bonner Forums BürgerInnen und Polizei“ e.V., eines Dialogexperiments zwischen Vertretern „linker“ Protestbewegungen und Angehörigen der Polizei.

BERATUNGS- UND BILDUNGSSTELLE (BBS) „ANNEDORE“. Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ Berlin verfolgt als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin das Ziel, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Seit 2015 agiert sie als Träger des Bundesmodellprojektes Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit.

DR. GEREON FLÜMANN arbeitet als Referent im Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung und ist Lehrbeauftragter am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Schwerpunkte sind Extremismusforschung, streitbare Demokratie und Prävention von politischem Extremismus.

PROF. DR. NAIKA FOROUTAN ist Professorin für „Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik“, Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) sowie Leiterin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin.

DAVID GARBERS absolvierte den B. A. (Fachergänzung Philosophie und Deutsch) an der CAU zu Kiel; ergänzend belegte er u.a. Allgemeine Pädagogik und Grundlagen der Kommunikation. Gegenwärtig ist er Mitarbeiter für KAST e.V. im Modellprojekt „Kick-off“, MOB-Rex (Mobile Ausstiegsbegleitung rechts) und Ex-Lex (Ausstieg links).

UDO GERIGK ist bei KAST e.V. zuständig für das deliktorientierte Sozialtraining und das Modellprojekt „Weltwege“, Demokratiebildung und Medienkompetenz gegen religiös begründeten Extremismus. Er studierte Sozialpädagogik/soziale Arbeit. Gerigk beschäftigt sich mit gewalttätigem Handeln, ist Antigewalt- und (Lehr-)Trainer für Professionelles Deeskalationsmanagement.

LAURA-ROMINA GOEDE ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. und arbeitet im BMBF-geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“. Im Rahmen dieses Projektes promoviert sie über „Radikalisierungsprozesse bei jungen Frauen“.

DANIEL GRUNOW ist wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Dort evaluiert und begleitet er Modellprojekte der Radikalisierungsprävention des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Fokus auf den Phänomenbereich linke Militanz. Weitere Interessenschwerpunkte: Antisemitismusforschung und -aufklärung, israelische Staatsgeschichte.

GEROLD HILDEBRAND ist diplomierter Sozialwissenschaftler und seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, aktuell im Präventionsprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“.

PROF. DR. WOLFGANG KÜHNEL ist Soziologe und Kriminologe an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; er forscht u.a. zu Protest, Gewalt und Extremismus.

DR. LENA LEHMANN ist Projektleiterin und Verbundkoordinatorin des vom BMBF geförderten Projekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Sie forscht u.a. zur Polizei und zu Themen der Radikalisierung.

CHRISTIAN-FRIEDRICH LOHE ist Bildungsreferent für den Bereich Gesellschaftspolitische Bildung an der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). Er leitet Seminare in den Themenbereichen „Demokratie und Diversität“, „Wertekommunikation“ und „Soziale Gerechtigkeit“.

- DIPL. PÄD. SASKIA LÜTZINGER** ist als Lehrende an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung tätig, wo sie am Fachbereich Kriminalpolizei Kriminalwissenschaften unterrichtet. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen politisch motivierte Kriminalität sowie Kriminalprävention.
- DAVID MEIERING** studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Université Lumière Lyon 2. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich für Politische Soziologie und Sozialpolitik der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort arbeitet er zu vergleichender Radikalisierungsforschung mit besonderem Fokus auf die „Neue Rechte“.
- ANNE-KATHRIN MEINHARDT** hat Politik/Wirtschaft und Französisch für das gymnasiale Lehramt studiert und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Sie forscht u. a. zur politischen Bildung und zu pädagogischen Konzepten im Bereich Linker Militanz.
- DR. ANDREA PRAUSE** war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“. Zurzeit arbeitet sie als Fachlehrerin für Geschichte und Politische Bildung an einem Privatschulhaus.
- BIRGIT REDLICH** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Sie arbeitet in der Bundesfachstelle vor allem zu pädagogischen Konzepten im Bereich Linker Militanz und forscht zur politischen Bildung im Allgemeinen, mit Fokus auf dem Grundschulalter, worüber sie auch promoviert.
- PETER SCHANZ** ist freier Autor, Dramaturg und Regisseur. Er studierte Germanistik, Geschichte sowie Politologie und arbeitet für verschiedene Theater sowie den Hörfunk. Seine Engagements führen ihn durch ganz Deutschland. Schanz inszeniert vielfältige Stücke teilweise mit regionalem und geschichtlichem Kontext sowie musikalische Stücke.
- PROF. DR. HABIL. ALBERT SCHERR** ist Direktor des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Seine Forschung umfasst Analysen gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken sowie die sozialwissenschaftliche Analyse von Theorien und Konzepten der politischen Bildung sowie von Präventionskonzepten.

CARL PHILIPP SCHRÖDER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Er forscht u.a. im BMBF-geförderten Projekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen.

TOM DAVID UHLIG ist Mitarbeiter der Bildungsstätte Anne Frank, wo er das Modellprojekt „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“ leitet. Er ist Mitherausgeber von *Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie* sowie der *Psychologie & Gesellschaftskritik*.

TANJA WEHR gründete 2014 ihr Label „Sketchnotelovers“. Sie begleitet in ganz Europa Events als Graphic Recorderin, hat Lehraufträge an mehreren Universitäten, illustriert mit Sketchnotes wissenschaftliche Themen, ist Bestsellerautorin von Visualisierungsbüchern und organisiert das deutsche Sketchnote-Barcamp.

PROF. DR. PHIL. HABIL. HELMUT WILLEMS ist Soziologe und Jugendforscher an der Universität Luxemburg und forscht u.a. zu politischem Engagement, politischer Gewalt und Extremismus.